

## Die Banken retten, nicht die Bankiers



Jetzt läuft einer der größten Feuerwehreinsätze in der Geschichte der internationalen Finanzmärkte: Die Notenbanken fluten die Kapitalmärkte. Ein Land, das keinen Cent hat, um seinen armen Kindern die Krankenversicherung zu bezahlen, pumpt 700 Milliarden US\$ in die Rettung des Finanzmarktkapitalismus. Nach Schätzungen des IWF wird sich der weltweite Schaden der Krise auf voraussichtlich 14.000.000.000.000 (14 Billionen) US\$ belaufen.

Inzwischen hat die Krise Europa erreicht. Mit voller Wucht. Die Börsen taumeln, Banken und Versicherungen wackeln. Jetzt ruft sogar Josef Ackermann nach dem Staat: Ein europäischer Nothilfeplan soll die heimischen Banker und Aktionäre retten. In Nacht- und Nebelaktionen einigten sich die europäischen Regierungen auf Hilfs- und Rettungspakete für die Finanzwelt. Nun werden Banken verstaatlicht. Und die Steuerzahler bürgen mit Summen, die ausreichen würden, um die Armut auf dem alten Kontinent vollkommen zu beseitigen. Allein das kleine Irland muss mit 400 Mrd. € für seine Banken bürgen. Island steht vor dem Staatsbankrott. Auch deutsche Banken handelten eifrig mit dem Giftmüll des US-Hypothekenmarktes. Die Landesbanken, die IKB und die Hypo Real Estate sind vermutlich erst der Anfang einer Serie drohender Pleiten. Gezockt haben viele. Bis vor kurzem erzielten Ackermann & Co mit ihren Spekulationsgeschäften noch phantastische Renditen. Jetzt bezahlen die deutschen Steuerzahler/-innen die Zeche.

Die Finanzkrise breitet sich immer weiter aus: Bald werden die Schuldenpyramiden der Hedge- und Private-Equity-Fonds einstürzen. Zahlreiche klein- und mittelständische Betriebe drohen, unter den Trümmern begraben zu werden. Das Eigenkapital der Banken schmilzt. Es reicht nicht mehr aus, um die Verluste aufzufangen. Folglich traut keine Bank mehr der Anderen. Sie verleihen sich gegenseitig keine Kredite mehr. Der Geldmarkt ist zusammengebrochen. Geld ist knapp und teuer geworden. Zu knapp und zu teuer. Auch gesunde Unternehmen bekommen immer schwerer Kredite oder erhalten sie nur gegen zu hohen Zinsen. Steigende Finanzierungskosten bremsen die Investitionen. Auch der private Konsum wird zurückgefahren. In unsicheren Zeiten drehen die Verbraucher jeden Euro fünfmal um. Mit negativen Folgen für Wachstum und Beschäftigung.



Politik und Zentralbanken haben gehandelt. Die laufenden Rettungsaktionen sind alternativlos. Wenn nichts getan wird, folgt eine Kettenreaktion und der ganze Wirtschaftskreislauf bricht zusammen. Gelten muss jedoch das Prinzip „Hilfe nur bei Gegenleistung“. Öffentliches Geld darf es nur gegen Eigentumsrechte und direkter Einflussnahme auf die Geschäftspolitik geben. Wir müssen die Banken retten, die wir für eine funktionierende Wirtschaft brauchen, aber nicht die zockenden Bankiers und Aktionäre. Der Fall der Hypo Real Estate ist ein Beispiel dafür, wie man es nicht machen darf. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bürgen jetzt mit 26,5 Mrd. €. Das Finanzinstitut gehört aber weiterhin den Aktionären.

Das aktuelle Erdbeben hat sich schon lange angekündigt. Spekulationsblasen entstehen nicht aus dem Nichts. Im Vorfeld der jüngsten Krise konnten in großem Umfang Vermögenswerte angehäuft werden. Dank einer weltweiten Umverteilungspolitik von Unten nach Oben. Steuersenkungen für Reiche und die Teilprivatisierung der sozialen Sicherungssysteme ebneten den Weg. Auch hierzulande stiegen die Gewinn- und Vermögenseinkommen seit 2000 fast sieben Mal so stark wie die Löhne und Gehälter. Das heimische Geldvermögen verdreifachte sich seit Anfang der 90er Jahre. Die so entstandene Liquiditätsschwemme

erzeugte einen hohen Anlagedruck. Die Vermögensverwalter konkurrierten mit hohen Renditeversprechungen um das vagabundierende Kapital. Sichere Anlagen gibt es aber nicht wie Sand am Meer. Folglich entsteht ein Nährboden für Spekulation. So wurden Cocktails aus vermeintlich sicheren Anlagen, nicht ganz so sicheren Anlagen und „radioaktiven Müll“ gemixt. Heraus kam eine Brühe, die niemand durchschauen konnte, außer denen, die gut daran verdienten. Besonders gut wachsen Spekulationsblasen in einem Klima der Intransparenz und exzessiver Verschuldungsmöglichkeiten. Ein durchlöcherteres Regelwerk und schlafende Aufsichtsbehörden haben ein solches Klima befördert.



Der Mythos von der Selbstregulierung der Märkte ist jetzt entzaubert. Nun geht es darum, die Lehren aus der Krise zu ziehen. Die Umverteilung von Unten nach Oben muss beendet werden. Dem chronischen Marktversagen muss zukünftig durch ein besseres Regelwerk entgegengesteuert werden. Und die Verluste der Finanzmarktakteure dürfen nicht sozialisiert werden. Ganz in ordoliberaler Tradition geht es hierbei zunächst um Haftungsfragen.

Wenn Spekulationsverluste sozialisiert werden, motiviert dies die Finanzmarktakrobaten weiterhin auf Risiko zu spielen. Deswegen sollte die europäische Finanzmarktbranche zukünftig aus eigenen Mitteln einen Haftungsverbund finanzieren. Vorbild eines solchen europäischen Stabilitäts- und Sicherheitsfonds könnte der aktuell eingerichtete Nothilfefonds von Großbanken wie JP Morgan, Goldman Sachs, UBS & Co sein. Ein solcher Fonds würde den von Liquiditätsengpässen bedrohten Banken unter die Arme greifen. Damit haften die Banken für ihr eigenes Verhalten und nicht die europäischen Steuerzahler. Eine solche Institution diszipliniert die Finanzmarktakteure.

Darüber hinaus muss die Finanzwelt für den Rettungseinsatz bezahlen. Eine europäische Finanztransaktionsteuer sollte alle Wertpapier- und Devisenkäufe zukünftig mit 0,01 % besteuern. Lediglich Neuemissionen sollten davon ausgenommen werden. Eine solche Steuer verteuert die Spekulation und stopft einen Teil des krisenbedingten Haushaltslochs.

Aber auch die individuelle Haftung muss neu geregelt werden. Für Verträge, die es Managern ermöglichen, Millionen zu verzocken und anschließend aufgrund einer Vollkaskoversicherung weich zu fallen, darf kein Platz mehr sein. Das Mindeste ist eine Eigenbeteiligung am selbst verursachten Schaden in Höhe eines Jahresgehältes.

Neben der Lösung offener Haftungsfragen bedarf es eines Regelwerkes, das besser vorbeugt. Eine verbesserte Bankenregulierung kann die laxe Kreditvergabe einschränken. Der Sumpf der Schattenbanken muss trockengelegt werden: Zweckgesellschaften müssen wieder in die Bankenbilanzen. Kreditderivate sollten nur noch auf regulierten Terminbörsen gehandelt werden. Wir brauchen einen TÜV für Finanzmarktprodukte. Letztere müssen zukünftig standardisiert, geprüft und zugelassen werden.

Kreditrisiken dürfen von Banken nicht mehr vollständig an Dritte weitergegeben werden. Mindestens 30 % der Risiken sollten die Banken zukünftig in ihren Büchern führen müssen. Auch Kredite an Hedge- und Private-Equity-Fonds müssen künftig mit mehr Eigenkapital unterlegt werden. Hierfür brauchen wir eine höhere Risikogewichtung dieser Kredite im Rahmen von Basel II.

Die Frühwarnsysteme müssen gründlich renoviert werden. Ein internationales Kreditregister würde das Finanzsystem transparenter machen. Diese „Schufa für Banken“ hilft Klumpenrisiken rechtzeitig zu erkennen. Rating-Agenturen sollten einem staatlichen Zulassungsverfahren und einer öffentlichen Qualitätskontrolle unterzogen werden. Noch besser wäre eine staatliche europäische Rating-Agentur.

Diese Reformen verhindern nicht, dass neue Blasen entstehen. Wir vermindern aber das häufige Auftreten und unkontrollierte Wachsen von Spekulationsblasen. Damit stabilisieren wir das Finanzsystem und somit auch die Realwirtschaft. Grund genug, jetzt zu handeln. Das zentrale Problem der Liquiditätsschwemme lösen wir aber nur durch eine andere Verteilungspolitik. Dies erfordert einen Kurswechsel in der Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber vor allem auch höhere Löhne. Hier gibt die IG Metall jetzt die richtige Antwort.